

mitte drin

Ausgabe 09 / 2020 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Jahr der Entscheidung für Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“

500 000 Berlinern Planungs- und Lebenssicherheit geben

In den kommenden Monaten geht es um die Frage: wem gehört die Stadt, uns Berlinerinnen und Berlinern oder den profitorientierten Immobilienkonzernen und sonstigen Glücksrittern, die ihnen auf dem Fuße folgen?

Die Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ hat sich Großes vorgenommen: Wir wollen die zwölf größten privaten Immobilienkonzerne enteignen und in gesellschaftliches, das heißt öffentliches Eigentum, überführen. Der Grundgesetzartikel 15 macht dies gegen eine angemessene Entschädigung möglich. Was wollen wir damit erreichen? Wir wollen circa 500 000 Berlinerinnen und Berlinern Planungs- und Lebenssicherheit geben, ihre Wohnungen sollen nicht mehr den Auf- und Abbewegungen an der Börse unterliegen. Zu diesem Zweck gebrauchen wir das Mittel des Volksbegehrens und Volksentscheides. Für die erste Stufe dieses Volksbegehrens, den Antrag

auf Volksbegehren, waren 20 000 Unterschriften notwendig. Diese Stufe haben wir mit Bravour gemeistert und reichten 2019 nach zweimonatigem Sammeln 77 000 Unterschriften ein. Der Innensenator brauchte mehr als 15 Monate, um die rechtliche Zulässigkeit des eigentlichen Volksbegehrens zu prüfen. Nun aber ist es soweit: Die Senatsinnenverwaltung steht kurz davor, das Volksbegehren für zulässig zu erachten. Ein später, aber doch großer Erfolg für unsere Initiative.

Jetzt muss sich das Berliner Parlament innerhalb der nächsten vier Monate mit unserem Anliegen beschäftigen. Voraussichtlich im Februar 2021 können wir mit der Unterschriftensammlung fürs Volksbegehren beginnen. Für diese gewaltige Aufgabe werden wir innerhalb von vier Monaten circa 180 000 gültige Unterschriften sammeln müssen, damit im September 2021 der Volksentscheid



kommen kann. Unser Vorhaben ruft den erbitterten Widerstand der Immobilienkonzerne und Lobbyisten hervor und uns werden die kühnsten Dinge unterstellt. Unser Ziel aber ist es, Wiener Verhältnisse herzustellen. In der Hauptstadt Österreichs sind 60 Prozent der Wohnungen städtisch und werden von der Stadt verwaltet.

Es geht in den kommenden Monaten also um die Frage, wem unsere Stadt gehört und gehören soll. Dafür braucht unsere Initiative jede Stimme und jede Unterstützung beim Sammeln der Unterschriften!

Michael Prütz, Sprecher der Initiative

Bundeswehr im Heimatschutz statt Auslandseinsatz?

Das Angebot macht die Verteidigungsministerin Frauen und Männern für einen „freiwilligen Dienst“ in der Bundeswehr – z. B. bei Hochwasser, Sturmschäden und so `ne Dinger. Die Ministerin rechnet mit mindestens 1000 Bewerbungen bis April nächsten Jahres.

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

Unser S-Bahn-Netz gehört nicht in private Hände!

Aber seit August 2020 sind zwei Drittel des Berliner S-Bahn-Netzes „im Angebot“ für fremdes, renditehungriges Kapital. Diese Ausschreibung muss umgehend abgebrochen werden, ehe ein lebenswichtiges Verkehrssystem unserer Stadt zerschlagen wird.

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Weddinger Hausgemeinschaften sicherten Vorkaufsrecht

Die Oldenburger und die Waldenser Straße gehören zum Milieuschutzgebiet „Waldstraße“. Die dort Wohnenden wurden hellhörig, als ein Investor den Milieuschutz nicht akzeptieren wollte. Sie fürchteten zu Recht, bald verdrängt zu werden – und handeln.

Fortsetzung auf Seite 4 ▷

SPIELEN, STAUNEN, LACHEN & MITMACHEN!

10. FAMILIENNACHT

AM 26.09.2020 AB 17 UHR

IM KINDERZENTRUM OTTOKAR



DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Tel.: 030 / 240 09-336

Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr und Do. bis 19 Uhr

Blick aus dem Amt

Vereinte Kräfte für die Berliner Bürgerämter

Die aktuelle Situation in den Bürgerämtern zeigt, dass für die Rückkehr in einen pandemiegerechten Regelbetrieb große Anstrengungen notwendig sind. Senat und Bezirke müssen gemeinsam an einem Strang ziehen, damit Bürger*innen wieder uneingeschränkt ihre Leistungen erhalten können.

Im Bürgeramt in Mitte haben wir zwar seit Mitte Juni eine 100%ige Arbeitsplatzauslastung an allen unseren Bürgeramtsstandorten, aber in vielen anderen Bezirken kann nicht mit voller Kapazität gearbeitet werden. Berlinweit sind aufgrund von Abstands- und Hygieneregeln nur etwas mehr als 80% der Arbeitsplätze in den Bürgerämtern im Vergleich zu Vor-Corona besetzbar.

Der pandemiebedingte Rückstau für die Kerndienstleistungen (Meldeangelegenheiten, Pass/Personalausweise, Führungszeugnisse) umfasst berlinweit schätzungsweise 250.000 Fälle. Obwohl die Zahl der gebuchten Termine seit Ende Juni fast wieder auf dem Niveau vor Corona liegt, können mit den aktuellen

Kapazitäten der gestiegene Terminbedarf nicht gedeckt und die Rückstände nicht abgearbeitet werden.

Der Frust ist verständlicherweise groß und der Handlungsbedarf ist mehr als deutlich. Gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Inneres haben sich die Bezirke daher zu



Ramona Reiser

verschiedenen Maßnahmen verständigt, um die aktuelle Terminalsituation zu verbessern und den hohen Rückstau in allen Bezirken abzubauen. Bisher waren Termine lediglich

bis zu 14 Tage im Voraus buchbar. Dieser Zeitraum soll auf 28 Tage verlängert werden. Darüber hinaus soll eine Mindestöffnungszeit von 35 Stunden pro Woche in allen Berliner Bürgerämtern erreicht und personelle Verstärkung ermöglicht werden. Eine weitere Verbesserung wird sein, dass temporär An- und Ummeldungen schriftlich möglich sind und dafür kein persönliches Erscheinen mehr nötig ist.

Neben Terminbuchungen online und über das Behördentelefon 115 haben wir in Mitte außerdem für Bürger*innen mit Notfällen eine Kontaktadresse eingerichtet: notfalltermin@ba-mitte.berlin.de

All diese Maßnahmen können nur erste Schritte sein. Es muss weiterhin gemeinsam über die deutliche Ausweitung des Terminangebots gesprochen werden und auch darüber, wie wir mit den Bürgerämtern eine 2. Pandemiewelle möglichst ohne weitere Einschränkungen oder Rückstände überstehen können.

Ramona Reiser, Stadträtin für Jugend, Familie und Bürgerbeteiligung

Aus der BVV

Die Mohrenstraße wird endlich umbenannt

Seit 2004 fordert die Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Berlin-Mitte die Umbenennung der M*straße.

Damals gab es aber leider keine Unterstützung der anderen Fraktionen oder aus der Stadtgesellschaft heraus.

Am 20.08.2020, 16 Jahre später, haben SPD und Grüne endlich zur Linken aufgeschlossen und in der BVV die Umbenennung beschlossen. Leider auf sehr problematische Weise.

In der BVV gab es zwei konkurrierende Anträge zur Umbenennung. Einen von der Zählgemeinschaft aus SPD und Grünen und einen von der Linken. SPD und Grüne wollten eine sofortige Umbenennung in Anton-Wilhelm-Amo-Straße unter Umgehung der bisher üblichen Verfahren der BVV und vor allem ohne Bürgerbeteiligung. Ein Verordneter der Grünen versprach sich sogar während der Sitzung und sagte, dass „Bürgerbeteiligung

nicht mehr zeitgemäß sei“. Der Antrag der Linksfraktion hingegen sah eine Bürgerbeteiligung bei der Namensfindung vor.

Bereits vor der Sitzung sagte Kadriye Karci, Kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion, dass man die Menschen mitnehmen und überzeugen muss und sie nicht durch ein Abwürgen der Diskussion vergrault. Denn diese Diskussion lief bereits in der Öffentlichkeit. Die Fraktion erreichte in den letzten Wochen ein gutes halbes Dutzend Namensvorschläge per E-Mail. Die Linksfraktion steht auch dann für Bürgerbeteiligung, wenn es um unbequeme Themen geht. Eine Bürgerbeteiligung nur dann anzubieten, wenn man sich seines Ergebnisses sicher ist, widerspricht dem Verständnis der Linksfraktion von Demokratie.

Leider wurde in geheimer Abstimmung der Antrag der Linksfraktion abgelehnt. Die Linksfraktion selbst hat sich dann beim Antrag von SPD und Grünen enthalten, weil sie

das Ansinnen der Umbenennung teilt, aber den eingeschlagenen Weg dahin für vollkommen falsch hält. Demokratische Diskussion und Beteiligung auszuschließen, weil es unbequem werden kann, ist nicht der Weg der Linken. Der Zweck heiligt eben nicht die Mittel.

Andreas Böttger, Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE. in der BVV von Berlin-Mitte

Die Linke - Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden

an jedem Mittwoch von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65

kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

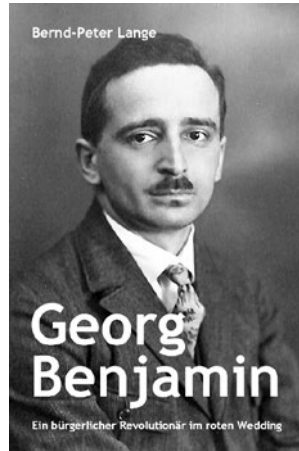
125. Geburtstag von Georg Benjamin

Der Berliner Arzt, Kommunist und Widerstandskämpfer Georg Benjamin (1895-1942) stand lange im Schatten seiner Ehefrau, der späteren DDR-Justizministerin Hilde Benjamin, und seines Bruders, des Kulturphilosophen Walter Benjamin. Am 10. September jährt sich zum 125. Mal sein Geburtstag.

Aus einer wohlhabenden jüdischen Berliner Familie stammend, studierte Benjamin Medizin und entschied sich für eine dezidiert linke Politik: 1920 trat er der USPD bei, zwei Jahre später wechselte er zur KPD. Seine beruflichen und politischen Aktivitäten auf medizinischer, kommunal- und gesundheitspolitischer Ebene fallen in seine Weddingzeit, die produktivste Phase seines Lebens.

Ab Frühjahr 1921 lebte Benjamin einhalb Jahre im „Ledigenheim“ am Brunnenplatz, später mit seiner Frau in der Taut-Siedlung im Englischen Viertel und dem gemeinsamen Sohn Michael in der Badstraße 40. Seine beruflichen Stationen waren u. a. das Jüdische Krankenhaus, die bezirkliche Säuglingsfürsorge und seit 1924 eine Schularztstelle. Nach Auseinandersetzungen mit seinen Vorgesetzten wurde er Ende 1931

entlassen. 1932 eröffnete er in der Badstraße 16 eine Praxis.



Benjamins politisches Engagement umfasste u.a. Publikationen zu Grundsatzfragen einer modernen Medizin und Sozialpolitik, den Einsatz als Bezirksschularzt für Kinder und Jugendliche, den Kampf gegen den §218, die Mitarbeit im Arbeiter-Samariter-Bund und Verein sozialistischer Ärzte. 1929 wurde er in die BVV Wedding gewählt und im März 1933, bereits unter dem Terror der Nazis, wiedergewählt.

Von April bis Ende 1933 war Benjamin in sog. „Schutzhaft“. Nach der Wiederaufnahme seiner politischen, nun illegalen Arbeit wurde er mit anderen Weddingener KPD-Mitgliedern im Mai 1936 verhaftet und wegen „staatsfeindlicher“ Tätigkeit zu sechs Jahren Haft (Zuchthaus Brandenburg) verurteilt. In der Zeit seiner Inhaftierungen war Georg Benjamin in elf Polizei- und Gestapo-Gefängnissen, Zuchthaus, Arbeitslager und KZs. Am 26. August 1942 wurde er im KZ Mauthausen ermordet.

Bernd-Peter Lange resümiert in seiner Georg-Benjamin-Biografie: „Seine überraschende Rolle war die des Kämpfers für die Schwachen, für die im Elend durch Krankheit und Unterdrückung Bedrohten, für die Kinder in Armut und für die vom §218 gefährdeten Frauen.“

Walter Frey

Walter Frey ist Herausgeber der Buchreihe „Wedding-Bücher“. Dieser Artikel basiert auf Bernd-Peter Langes Biografie „Ein bürgerlicher Revolutionär im roten Wedding“ (Berlin 2019).

Am 10. September, 17.30 Uhr findet in der Badstraße 40 eine Gedenkveranstaltung zu Ehren Georg Benjamins statt.

Keine Zerschlagung und Privatisierung der Berliner S-Bahn!

Seit August 2020 können sich internationale private Unternehmen um den Zuschlag für Betrieb und Instandhaltung von zwei Dritteln des Berliner S-Bahn-Netzes bewerben. Das Ziel der grünen Verkehrsministerin: „effektive(r) Wettbewerb“. Im Klartext: Uns droht die Zerschlagung und Privatisierung eines für Berlin enorm wichtigen Verkehrssystems.

Im Beschluss des Landesparteitags der DIE LINKE vom November 2019 heißt es: „Die Ausschreibung der S-Bahn darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten und Fahrgäste ausgetragen werden und es ist unerlässlich, dass die S-Bahn künftig weiter aus einer Hand betrieben wird.“

Die Verhandlungsbilanz der LINKEN ist bislang laut einer Erklärung der Basisorganisation Wedding ernüchternd. Der Einsatz von Subunternehmen soll weiter möglich sein, umfassende Beschäftigungsgarantien für alle

Beschäftigten bei Erhalt aller bisherigen Arbeits- und Sozialstandards ist nicht gegeben und das Land behält sich vor, eventuelle private Betreiber durch die Bereitstellung öffentlicher Grundstücke zu subventionieren.

Um den Einstieg privater Unternehmen zu verhindern, ist der Abbruch der Ausschreibung notwendig. Zudem müssen Gespräche über einen Direkteinstieg Berlins in die S-Bahn GmbH aufgenommen werden. Die Linksfraktion setzt auf weitere Verhandlungen im sogenannten „Lenkungskreis“. Weshalb aber sollten sich Grüne und SPD in weiteren Verhandlungen im „Lenkungskreis“ unter Ausschluss der Öffentlichkeit weiter auf die LINKE zubewegen? Eine wachsende Zahl von LINKEN-Basismitgliedern ist der Meinung: Es braucht eine neue Strategie.

Die muss so aussehen: Die LINKE.Berlin lehnt die vorliegende Ausschreibung ab. Es werden Nachverhandlungen geführt mit dem

Ziel, die im bestehenden Parteitagbeschluss festgelegten Kriterien umzusetzen. Über den Stand der Verhandlungen wird laufend berichtet, der Landesparteitag im Dezember 2020 wird sich mit der Frage des Abbruchs der Ausschreibung befassen müssen.

Die Grünen wollen eine privatisierte, zerschlagene S-Bahn. Deshalb ist ganz klar: Die LINKE braucht die Öffentlichkeit hinter sich, die LINKE braucht das Bündnis „Eine S-Bahn für alle“, um in die Offensive zu kommen. Gemeinsam müssen wir die neoliberale grüne Verkehrsministerin stoppen!

Mehr Informationen über das Bündnis gibt es auf:

www.eine-s-bahn-fuer-alle.de

Interessierte an der Basisvernetzung können sich bei der BO Wedding melden: bo_wedding_kokreis@linkstreff.de

Erfolgreiche Aktionen gegen Verdrängung in Moabit

Mieter*innen im Milieuschutzgebiet „Waldstraße“ lassen sich nicht vor die Tür setzen

Hausgemeinschaften der Oldenburger und Waldenser Straße im Milieuschutzgebiet „Waldstraße“ ist es durch ihre öffentlichen Aktionen gelungen, das Vorkaufsrecht zugunsten kommunaler oder genossenschaftlicher Wohnungsunternehmen durchzusetzen.



„DEN EINAR BRAUCHT KEINER!“ Neues „geflügeltes Wort“ bei den Moabiter Mieten-Demos

In den Häusern Waldenserstraße 9 und der Oldenburger Straße 3a +b wohnt noch die typische „Moabiter Mischung“: Ein Mieter z.B. wurde im Jahre 1940 in der Waldenserstraße 9 geboren, die älteste Mieterin wohnt bereits seit 1954 hier und der jüngste Mieter wurde erst vor wenigen Wochen geboren. Ebenso wie in der Oldenburger Straße 3a + b organisiert sich die Mieterschaft in Mieter*innen-Versammlungen und ist Teil des bunten Kiezlebens in Moabit.

Die Mieter*innen wurden durch das Bezirksamt Mitte über den Hausverkauf an die SKJERVEN-Gruppe und die laufende Prüfung des Vorkaufsrechts durch den Bezirk informiert. Da die Erwerber der Grundstücke nicht bereit waren, die vom Bezirksamt vorgelegten „Abwendungsvereinbarungen“ zum Schutz der Mieter*innen zu unterzeichnen, mussten die Milieuschutzziele durch die sozialen Erhaltungsverordnungen beim sogenannte Verkauf gesichert werden. Das war auch dringend nötig: Viele Medien hatten bereits seit 2017 über das rücksichtslose Vorgehen des Unternehmens in verschiedenen Berliner Stadtteilen berichtet.

In diesem Fall scheint es sich um einen „Paketverkauf“ von mehreren hundert Berliner Wohnungen zu handeln. Das wäre der größte privatwirtschaftliche Immobiliendeal in Berlin seit Inkrafttreten des Mietendeckels. Wegen ihrer berechtigten Befürchtungen, von SKJERVEN verdrängt zu werden, hatten die Hausgemeinschaften Briefe an Bezirksbürgermeister von Dassel geschickt und Protestaktionen organisiert, zum Beispiel eine Sitzdemo in der Waldenserstraße (Foto). Auf Flyern war

zu lesen: „Kommt vorbei, unterstützt uns und seid laut, um gegen Verdrängung in Moabit vorzugehen!“ „DEN EINAR BRAUCHT KEINER!“ war das neue „geflügelte Wort“ bei den Auseinandersetzungen um den Mietenwahnsinn. Es geht um Einar SKJERVEN, den Chef der Skjerven-Gruppe aus Norwegen, die mehrere Häu-

ser in Berlin für einen schwedischen Investor erwerben wollte.

Das zeigt erneut die Aktualität der Kampagne DEUTSCHE WOHNEN UND CO ENTEIGNEN! Denn die DEUTSCHE WOHNEN braucht hier ebenfalls keiner. Ohne sie ginge es gleich nochmal so gut! Ende Juli 2020 einigte sich die Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ mit dem Senat auf eine verbindliche Textversion. Die Initiative: „Nun gibt es keine Ausreden mehr!“ **Rainer Scholz**

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener** an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

an jedem ersten, dritten und fünften Mittwoch des Monats

kostenlose Beratung zu Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht durch die **Rechtsanwältinnen Nina Jenny Soest und Christian Wisch** von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich)

LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28705751

Bei anderen gelesen

► Gefangen zwischen Tradition und Linkskoalition

Als Kanzler-Kandidat der SPD tritt Olaf Scholz ein schweres Erbe an. Er soll die Partei in eine Koalition mit der Linken führen und zugleich die Wähler an die Partei binden, die sich in einer Schröder-SPD zu Hause fühlen. Das kann nicht gelingen.

„Cicero“, 14.08.2020

► Historische Revanche

Am Himmel von Berlin wird Weltanschauung und Ideologie zelebriert. Das auf dem Schlossneubau thronende Kreuz wirkt wie eine gehissste Flagge. Richtkrone war gestern; Christenkreuz ist heute. Mit dem Kreuz auf der Kuppel erhärtet sich der Eindruck, dass in einer Stadt ohne Zentrum an einem zentralen Ort die restaurative Obsession Vorrecht genießt, der Hang zum Demonstrativen schwerlich bestritten werden kann. Das am einstigen Marx-Engels-Platz errichtete „Haus des Volkes“, d.h. „Palast der Republik“, konnte für sich keinen besseren Ruf in Anspruch nehmen als die Gesellschaft. Einen solchen Bau über Jahre hinweg schleifen und ihn einzutauschen gegen die Reanimation des Vorgestrigen, spricht Bände, von der davon ausgehenden Demütigung für den Osten ganz zu schweigen. Immerhin wird auf das Zeichen eines in Deutschland stets auch staatskirchlichen Christentums zurück gegriffen, das willig segnete: brutale Kolonialpolitik, Ausrottung eines Volkes in Südafrika, Aggressionen und Verbrechen im ersten Weltkrieg, Zivilisationsbruch und Massenmord des NS-Regimes.

„Der Freitag“, August 2020

► Milliarden für's Militär

Von einem speziellen Corona-Hilfsprogramm für Bundesbehörden sollen vor allem das Verteidigungs- und das Innenministerium profitieren mit mehr als der Hälfte der Mittel aus einem Zehn-Milliarden-Topf im Rahmen des Corona-Konjunkturpakets. Das Programm soll Ministerien und Behörden ermöglichen, geplante Investitionen vorzuziehen und so die Wirtschaft ankurbeln. So könnte das Verteidigungsministerium etwa für 1,45 Milliarden Euro die Computernetze der Bundeswehr modernisieren. Genossin Gesine Löttsch vom Haushaltsausschuss des Bundestages kritisiert die Verteilung: „Das sind beim besten Willen keine Zukunftsinvestitionen. In den vergangenen Jahren erfuhren wir, dass die Bundeswehr viel Geld ausgeben kann, doch dafür immer nur kaputte Hubschrauber, Panzer und Flugzeuge bekommen hat.“

„Der Spiegel Nr. 35“, 22.08.2020

Kurznachrichten

► Positives Erntejahr für Brandenburg

Der negative Trend der beiden letzten Dürrejahre habe sich nicht fortgesetzt, so der Brandenburgische Landesbauernverband. Bei Weizen, Roggen und Gerste lägen die Erträge um sieben bis zehn Prozent höher als im Vorjahr. Bundesweit allerdings müssten die Bauern zum dritten Mal in Folge mit einer „mäßigen Ernte“ rechnen. Vor allem das wechselhafte Wetter in vielen Regionen habe den Landwirten zu schaffen gemacht. Dagegen seien die Auswirkungen der Coronakrise (u.a. durch Ausfall der Erntehelfer) gering gewesen.

► Kurzarbeitergeld bis März 2022 verlängert

... und zwar einschließlich der Aufstockung. Das hat Arbeitsminister Heil (SPD) einschließlich der Aufstockung im Bundestag durchgesetzt. Den Arbeitgebern werden die Sozialversicherungsbeiträge für Kurzarbeiter bis März 2021 vollständig erstattet. Von April 2021 an soll der Staat dann nur noch 50 Prozent übernehmen.

► Internationale Grüne Woche ohne Publikum

Messegeschäftsführer Göke sagte, wegen der aktuellen Coronakrise werde man sich der Situation anpassen und sich auf Fachbesucher konzentrieren. Man plane deshalb für das Jahr 2021 einen reinen Branchentreff. In diesem Jahr waren auf dem Messegelände am Funkturm 400 000 Besucher zu Gast.

► Friedrichstadtpalast unter Denkmalschutz

Im vergangenen Jahr hatte er sein hundertjähriges Bühnenjubiläum. Das Haus ist zur Zeit geschlossen. Im Januar soll der reguläre Betrieb wieder aufgenommen werden.

► Berliner Bau-Boom ungebrochen

Im ersten Halbjahr stieg die Produktion um 14 Prozent (1,68 Milliarden). Die Zahl der Beschäftigten in den Betrieben des Bauhauptgewerbes mit über 20 Mitarbeitern stieg auf 15.000. Zudem wurden soviel Baugenehmigungen erteilt wie seit den neunziger Jahren nicht.

► www.deutschlandatlas.bund.de

Unter dieser Adresse hat die Bundesregierung den aktualisierten Deutschlandatlas ins Netz gestellt. In 56 Karten werden die wichtigsten Fakten über das Leben in Deutschland abgebildet. Der Atlas gibt Auskunft über die verschiedenen Regionen und ermöglicht aufschlussreiche Vergleiche. Die Daten werden zweimal im Jahr aktualisiert.

Menschen in Mitte

Franziska Lindner – Aktivistin für friedliche Zusammenarbeit

Der Beginn des Irakkrieges 2003 war für die damals 15-jährige Franziska Lindner ein entscheidender Auslöser für ihr weiteres Denken und Handeln. Mit 750.000 Demonstranten war sie mit auf den Straßen Berlins gegen die völkerrechtswidrige USA-Aggression. Heute ist sie eine Aktivistin für globale Friedens- und Sozialpolitik, aktiv in der Linkspartei und in sozialen Medien, Assistentin beim Bundestag. Zu ihren Vorbildern gehört Friedrich Engels - vor allem wegen seiner präzisen Analysen, militärhistorischen Abhandlungen - hier für sie besonders interessant 1855 über den damaligen Krimkrieg zwischen Russland und dem Osmanischen Reich. „Von besonderem Belang ist mir auch jetzt die politische Situation der Halbinsel Krim, der Ukraine, Russlands und die Haltung des Westens, der NATO, der EU und vor allem der Bundesregierung dazu“, betont die Politikwissenschaftlerin.

Seit 2015 ist Franziska Lindner Mitarbeiterin von Abgeordneten der Partei DIE LINKE im Bundestag, derzeit für Sylvia Gabelmann vor allem in Fragen der globalen Gesundheitspolitik. Im Einsatz ist sie auch für Reportagen für Tageszeitungen, so über ihre Beobachtungen vor Ort wie in der von der Ukraine abtrünnigen „Volksrepublik Lugansk“, für Analysen für Internet-Blogs wie „Die Freiheitsliebe“ oder das Nachrichtenmagazin „Hintergrund“.

Seit zwei Jahren heißt die Vorsitzende des beliebten Linkstreffs Wedding e.V. Franziska Lindner. Im Haus in der Malplaqetstraße 12 finden Parteiversammlungen, Diskussions- und Filmabende und Feste statt, eine wöchentliche Sozialberatung und ein Anwalt stehen dort zur Unterstützung Hilfesuchender für die Bereiche Miet- und Arbeitsrecht bereit.

1987 in der Berliner Charité geboren, machte Franziska im Prenzlauer Berg ihr Abitur. Ihr Bachelorstudium absolvierte sie an der Universität Leipzig, ihren Master an der Marburger Philipps-Universität. Ihre Abschlussarbeit widmete sie den deutsch-russischen Energiebeziehungen im geopolitischen Umfeld, die vom PapyRossa Verlag Köln als fakten- und aufschlussreiche Hochschulschrift veröffentlicht wurde. „Damals konnte man noch nicht ahnen, dass

das jetzt in der Endbauphase befindliche Nord Stream 2 - Unterwasser-Erdgasprojekt von Russland zum Greifswalder Bodden von der Trump-Administration immer schärfer bekämpft wird, nur ein Beispiel der sich zuspitzenden neuen Konflikte zwi-



Franziska Lindner

schen Staaten und Staatenblöcken im internationalen System“, unterstreicht die heute 32-jährige. „Die aktuelle Situation fordert uns Linke noch mehr heraus, standhaft und noch offensiver gegen den Konfrontationskurs, für eine Friedenspolitik einzutreten, für eine positive politische, wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit in Europa unter Einschluss Russlands“.

Matthias Herold

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an

info@die-linke-berlin-mitte.de

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

Gegensätze und Widersprüche

Arbeitskräftemangel, Hitze, kaum Masken-Kontrollen in ÖPNV, Restaurants, Spätis, Super- und Straßenmärkten, die Gesetzlichkeit ist versandet, am Alex wird gegen Maskenpflicht und für Weltfrieden demonstriert, nachts lärmt die Party, nicht nur Mittes Bezirksbürgermeister ist sauer.

Ja, Kontrollen wären besser als blindes Vertrauen. In Gaststätten werde ich fast nie nach Namen und Adresse gefragt, die Ackerhalle hat Hygienevorschriften nur für Kunden, die Security lässt Nasen frei, maskenlos schwitzend füllen „Mitarbeiter*innen für die Warenverräumung“ in engen Gängen Regale, auf Bürgersteigen wird geradelt, an Übergängen, Kreuzungen, vor manchen Shops eng gedrängelt, die Invalidenstraße behält die skandalöse Ampelschaltung. Zu Fuß Gehende kein Thema.

Seit Monaten ist Corona-Alltag. Es heißt, Deutschlands Gemeinschaftsgefühl soll zugenommen haben, ich spüre eher Fremdheit, Wut, Frust, Respektlosigkeit und Hundehaufen, bin in der

Hochalters-Risikogruppe, das heißt, ich werde das bevorstehende jüdische Neujahr 5781 kaum in der Synagoge begrüßen! Sozial distanziert gibts noch kein Kino für mich, aber Restaurants, ich koche für Familie und ausgesuchte Freunde, gehe um Häuser, fahre ungern Bahn und Bus. Jetzt gibts die autofreie Friedrichstraße, im Fernsehen viel Warnworte, Bilder des Entsetzens, Fallzahlen, Schuldfragen, Krokodilstränen. Wissen trennt, Straßenleben eint. Nach mediterranem Sommer wird Corona Regen, Melancholie, Novembergrau und Kälte auch überstehen. In Manhattan befürchten Freunde die zweite Welle, bieten Restaurants nur Streetfood, was an Paris erinnere, in Kalifornien gilt teilweise Home Office bis Ende 21 und Schulunterricht ab Februar. Law-and-Order kennt Berlin nicht, dafür versteckte und direkte Gewalt, Brandsätze, zerschlagene Flaschen, Dreck, und einen Radfahrer, der an jede Autotür spuckt. Politisch wichtiger ist es, dass Sonnenschirme, Bänke, Stühle, Tische keinen Bürgersteig beengen. Ich nehme von Hauswänden Bücher, das



Corona verändert Gebote

Wasser sprudelt in Kinderplanschen, so lernt, genießt, gewöhnt es sich, das Vergessen wird dauern.

Irene Runge

Wie Corona Berlins Kultur- und Kunstszene trifft

Die weltweite Verbreitung des Corona-Virus stellt uns vor völlig neue Herausforderungen und führt dazu, dass unser gewohntes Zusammenleben und Miteinander spätestens seit März kopfsteht. Social Distancing ist das Gebot der Zeit - wo es geht zu Hause bleiben und Kontakte meiden.

Für Kunst- und Kulturschaffende bringt Social Distancing tiefgreifende Einschnitte im künstlerischen Wirken mit sich, denn Kultur und Kunst leben von der Interaktion mit Publikum. Inzwischen sind zwar kreative Formen und erfinderische Formate entstanden, die Kultur auch in Corona-Zeiten erlebbar machen, aber ein grundsätzliches Problem bleibt dabei bestehen: Die Einschränkungen führen zwangsläufig zu weniger Publikum, zur Absage sommerlicher Großveranstaltungen und damit zu teils deutlich weniger Einnahmen für die Künstler*innen. Kulturschaffende sowie die Mitarbeiter*innen in der Veranstaltungsbranche sind mittlerweile massiv in ihrer Existenz bedroht und vielerorts stehen auch Kulturräume wie Kiez-Theater, Clubs und Kinos vor

dem Aus, weil sie in finanzieller Not sind. Das Thema von drohenden Insolvenzen bei vielen Berliner Clubs spielte auch auf dem letzten Parteitag der LINKEN im August eine Rolle. Dort berichtete Pamela Schobeß, Vorsitzende der Berliner ClubCommission, von der schwierigen Situation. Sie machte deutlich, dass Clubs die Einrichtungen sind, die am längsten geschlossen bleiben werden.

Exemplarisch für viele Berliner Clubs steht beispielsweise der Humboldthain-Club in Mitte, der uns in der Vergangenheit auch für Parteiveranstaltungen zu Verfügung stand. Zur Zeit finden dort alternative Veranstaltungen in sehr kleinem Rahmen statt, allerdings ohne damit die Fixkosten decken zu können. Damit der Club als Kulturraum weiter fortbestehen kann, haben die Betreiber*innen auf der Online-Plattform startnext einen Spendenaufruf gestartet - so wie auch viele andere Kultureinrichtungen in Spendenaufrufen die letzte Möglichkeit sehen.

Es bleibt zum Schluss nur dafür zu kämpfen, dass die Corona-Krise nicht auf dem Rücken des Sozial- und Kulturbereichs ausgetragen wird. Dank unseres Kultursenators

Klaus Lederer wird Berlin die Kulturszene mit mehreren Hilfspaketen unterstützen, aber es braucht auch dringend die Unterstützung von Bundesebene!

Paul Keydel

Wahlkreisbüro Tobias Schulze, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39
13353 Berlin – Wedding
Tel.: 030 – 547 13 449
Bus 142 Kiautschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding, U-Bahnhof Amrumer Straße
Während der Öffnungszeiten telefonisch erreichbar.

Öffnungszeiten:

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag
10 – 16 Uhr
Und nach Vereinbarung!

Per Mail, Facebook, Twitter erreichbar.

bureau.schulze@linksfraktion.berlin
www.facebook.com/TobiasSchulzeLINKE
www.tobiasschulze.berlin
Twitter: @sprengbuero

Aus dem Abgeordnetenhaus

Großes Berlin groß denken

Eine knappe Mehrheit sorgte vor 100 Jahren dafür, dass die kreisfreien Städte Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg, Spandau, Lichtenberg und Neukölln sowie die Gemeinde Köpenick und einige Dutzend Dörfer und Gutsbezirke der Reichshauptstadt zugeschlagen wurden.

Plötzlich war Berlin groß. Nur noch Los Angeles größer in der Fläche. Der Schauspieler Hanns Zischler hat mal gesagt, Berlin sei zu groß für Berlin. Viele meinen, dies habe damit zu tun, dass Berlin, diese große Stadt, aus einem Verwaltungsakt heraus entstanden ist. Nicht gewachsen, nicht aus starken Wurzeln in Höhe und Breite geschossen, stattdessen erst einmal Ergebnis eines Beschlusses. Aber was ist daraus Tolles geworden!

Gerade in diesen Jahren wurden die Diskussionen über die Alte Mitte mit neuer Liebe aufgenommen und weitergeführt. Das ist wichtig, denn natürlich stimmt es nicht, dass Berlin kein Zentrum hat. Nur fällt es gegenwärtig schwer, zwischen Spree und Alexanderplatz den Herzschlag zu spüren. Zwischen Großbaustellen (Humboldt-Forum, U-5, neue Hochhäuser), Shopping-Meilen und breiten Fahrbahnen, die den toten Traum

der autogerechten Stadt verkörpern, wird die neue Liebe auf eine harte Probe gestellt und lässt sich gerade schwer argumentieren, dass dieser Gründungsort eine große Bedeutung für die Stadt hat. Hier ist Mitte! Man könnte den Eindruck gewinnen, dass Berlins Mitte eine ewige Baustelle, ein Möchtegern-aber-kann-nicht, ein unerfüllter Traum von öffentlichem Raum, geschichtsträchtiger Architektur aller bisherigen Epochen und großer Aufenthaltsqualität bleiben wird. Richtig aber ist: Hier besteht gegenwärtig die größte Chance, öffentlichen Stadtraum gemeinsam, mit vielen Akteur*innen zu denken und zu gestalten. Das hat die Debatte um die Alte Mitte gezeigt, die 2016 vorerst abgeschlossen wurde, das zeigen die neuen Initiativen einer Wiederbelebung und Weiterführung dieser Debatte. 100 Jahre Großberlin ließe sich am besten mit einem



Abgeordnete Carola Bluhm

solchen ergebnisoffenen, spannenden Dialog feiern. Mit einem Dialog, bei dem die Meinungen aufeinanderprallen und durch den aus verschiedenen Sichtweisen auf diese Stadt, auf ihr Zentrum und ihren Ursprung, etwas Neues entsteht. Wenn das gelingt, ist Berlin groß.

Carola Bluhm, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses

Sozialer „Dienst für Deutschland“ mit der Waffe in der Hand?

Ab September 2020 können sich junge Frauen und Männer für einen freiwilligen Dienst in der Bundeswehr „im Heimatschutz“ bewerben. Das von Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer initiierte Angebot soll vor allem junge Menschen ansprechen, die bisher einen Militärdienst wegen möglicher Auslandseinsätze ablehnen.

Die Ministerin rechnet mit mindestens 1000 Bewerbern bis April nächsten Jahres. Heimat, Heimatschutz, Dienst für Deutschland bei Hochwasser, Schneekatastrophen oder in der aktuellen Coronakrise sind die

ganz und gar nicht stichhaltige Begründung. Alles Begriffe, die von Rechtsextremen – aber auch nicht selten von der AfD – in ihren Netzwerken für ihr nationalistisches Ansinnen genannt werden. Besteht jetzt nicht die Gefahr, dass unter dem Deckmantel des Heimatschutzes noch mehr Rechtsextreme in den Kasernen landen?, fragt der verteidigungspolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, Tobias Pflüger. Eine zusätzliche Gelegenheit für sie für eine Ausbildung an der Waffe.

Gibt es nicht schon genügend Möglichkeiten, sich als junger Mensch sozial zu

engagieren? Caritas, Volkssolidarität, Verbände, Gewerkschaften und Vereine bieten eine breite Basis – ohne militärische Ausbildung.

Kramp-Karrenbauer denkt offensichtlich schon an die Bundestagswahlen 2021. Bis dahin muss der Ruf der Bundeswehr aufpoliert und deren soziale Bedeutung propagiert werden. Gerade unter jungen Menschen, den kommenden Wählern, will man Vertrauen in die Regierung und ihre Politik schaffen und Mitarbeit fördern. Auch unter den Rechtsextremen?

W. Peur

Das ist das Letzte

Sie ahnen nicht, wieviel Flüche ich in den letzten Wochen mit Corona gelernt habe! Meine linken Nachbarn hielten ihre Beine in die Ostsee. Meine rechten Nachbarn umarmten die Gletscher in den Bayerischen Alpen. Doch meine „Bewährungshelferin“ lehnte jede Fahrt mit mir zwischen Rügen, Aachen und Görlitz ab. Sie fragte spitz: „Kennst du die Corona-Strafen in jedem der 16 deutschen Fürstentümer? Shoppen ohne Schutzmaske wird in Hamburg meist übersehen oder für 50 Euro verziehen. Doch auf dem Viktualienmarkt in München zahlst du das Doppelte. Und in Holstein nehmen sie 150! Bei Berührungen mit Fremden kannst du gleich in's Sanitätszelt zum Test mitgehen.“ Als ich dann sagte, „Lass uns zum Wochenende nach Köln fahren!“, sagte meine Elfriede: „Ja schön, aber erst fragen wir das Gesundheitsamt, ob die Konservenfabrik in Birkenwerder noch unter Quarantäne steht! Dann gelten wir als Virenschleudern und uns droht so viel Bußgeld, dass wir keinen Groschen mehr für's Hotel haben. Wir bleiben zu Hause!“ Ich durfte dann den Keller aufräumen. Das war ohne Mundschutz wegen Feinstaub unmöglich.

Ausgerechnet im Jubiläumsjahr der ost-deutschen „Befreiung“ blockierte ein unsichtbarer Winzling alle Fluchtwege nach innen und außen! Begründung: „Sicherheit geht vor Freiheit!“ Das kannten wir doch?

Nichts gegen den heiligen Föderalismus! Jede Region hat ihr eigenes Gesicht und Gewicht. Da sollen die Potenzen und Interessen auch differenziert genutzt und gefördert werden. Aber wenn eine Katastrophe droht, dann heißt es in jeder Monarchie oder auch Demokratie: „Reichsrecht geht vor Landesrecht!“ Und eine ausreichende materielle Staatsreserve muss dann auch zur Hand sein. Natürlich muss man den genervten Bürgern auch offen erklären, warum Masken, Luftpumpen und Pfleger nicht reichen und wie wir die Schulen in Gang halten können. Doch am Ende sollten wir einsehen, was ich im Internet las: „Lieber ein Latz im Gesicht als einen Zettel am Zeh!“

Arthur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204

E-Mail-Adresse:

info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:

R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Redaktionsschluss: 27.08.2020

Ausgabetag für Nr. 10/2020 - 01.10.2020

Am 1. September begingen wir den Antikriegstag

Lange überwog ein Blick zurück. Doch zunehmend blicken wir an diesem Tag sorgenvoll in die Zukunft. Am 1. Oktober 2021, so heißt es in einer Studie des ernst zu nehmenden US-Thinktank „International Institute for Strategic Studies“, beginnt ein Krieg in Europa. Letzteres ist (vorerst) nur der fiktive Inhalt dieses von Politik- und Militärexperten entworfenen Papiers. Danach werden zuerst litauische und polnische Regierungs-, Medien- und Militärnetzwerke angegriffen. Russische Truppen rücken in die kleine baltische Republik ein. Die östliche Ostsee wie der Himmel über dem Kampfgebiet gehören den Angreifern. Es sind wie immer die Russen.

2021 begehen wir den 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion. Am 31. August 1941 kam der erste Transport sowjetischer Kriegsgefangener im KZ Sachsenhausen an. Der ehemalige deutsche Häftling Emil Büge berichtete: „Am Abend begann man, im geschlossenen Fahrzeug ... Gruppen von je 20 Mann ... zum Industriehof zu bringen. Um Mitternacht waren alle Russen ermordet. Kurz darauf flammten die vier transportablen Öfen des Krematoriums auf.“

Im Barbarossa-Gerichtsbarkeitsbefehl war für den Umgang mit der sowjetischen Bevölkerung festgelegt: „Für Handlungen, die Angehörige der Wehrmacht und des Gefolges gegen feindliche Zivilpersonen begehen, besteht kein Verfolgungszwang, auch dann nicht, wenn die

Tat zugleich ein militärisches Verbrechen oder Vergehen ist.“

So fielen letztlich 27 Millionen sowjetische Menschen dem deutsch-faschistischen Vernichtungskrieg zum Opfer. Doch hierzulande regiert Geschichtsvergessenheit. Wieder wird die Angst vor „dem Russen“ geschürt. Zugleich stehen deutsche Panzer im Baltikum, Sanktionen bestimmen die deutsche Russlandpolitik und dem ansonsten medial durchaus als minderbemittelt gescholtenen Trump wird in puncto Russland und China nicht widersprochen. Es ist ja auch normal, die Gefahr eines atomaren Infernos heraufzubeschwören.

Ellen Brombacher

Wir gratulieren im September zum Geburtstag!

Zum 94.	Christa Dewey
Zum 92.	Gisela Schulz
Zum 90.	Eva-Maria Grampp, Gerda Lesser
Zum 89.	Elsbeth Lemmer, Wolfgang Kolbe
Zum 88.	Günther Freyer
Zum 87.	Eva Urchs
Zum 86.	Erika Niemann, Anni Seidl
Zum 84.	Hans Schulz, Irold Tacke
Zum 83.	Renate Jäpel, Pedro Brombacher, Rudi Böhm
Zum 81.	Renate Leuschner
Zum 80.	Isolde Groba
Zum 70.	Klaus-Dieter Schmutzer